

Vom Sinn und Unsinn der „GEWALTDEBATTE“.

Ein Kommentar.

Vorbemerkung zur überarbeiteten Fassung

Dieser Text entstand im Herbst 2013, anknüpfend an ein Fachgespräch in der Friedensbewegung. Ob ich ihn heute noch genau so schreiben würde, weiß ich nicht. Zudem ist der Text primär für die Zielgruppe Friedensbewegung geschrieben worden und ursprünglich nicht in erster Linie für die potenzielle Leser_innenschaft dieses Blattes. Dennoch denke ich, dass er auch in diesem Zusammenhang interessant sein kann.

Der Text greift verschiedene Argumente der sogenannten Gewaltfreiheits- oder Militanzdebatte auf, ohne dabei den Anspruch auf eine vollständige Darstellung der Diskussion auf dem Fachgespräch, nach dem er entstand, oder in der Geschichte (deutscher) Sozialer Bewegungen zu erheben.

Aktuell ist die Kampagne „Ende Gelände“, die vergangenes Jahr im Rheinland und dieses Jahr in der Lausitz erfolgreich mit einer Aktion massenhaften Zivilen Ungehorsams den Braunkohletagebau blockierte, ein Beispiel für gelingende, spektrenübergreifende Zusammenarbeit wie ich finde. Hier trainieren, protestieren und blockieren Aktivist_innen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen miteinander, ohne dass sich bisher zu stark an der „leidigen Gewaltfrage“ aufgegeben oder gespalten wurde. Das macht Mut, denn wenn wir über die Gräben solcher Differenzen hinweg springen können, schaffen wir noch sicher einiges mehr!

„Gewaltdebatte? Gewaltfreiheit? Militanzdebatte? Nicht schon wieder!“

stöhnen viele Menschen, wenn es in politischen Bündnissen, zwischen Kleingruppen oder in theoretischen Diskussionen auf die unterschiedlichen Ansätze, Handlungsweisen und Überzeugungen zu sprechen kommt. Die Auseinandersetzung ist nicht neu, hat aber nach wie vor eine hohe Sprengkraft innerhalb linker sozialer Bewegungen. Dies zeigte sich sicherlich schon in der unterschiedlichen Wahrnehmung dieses Textes: einige werden ihn als zu sehr pro Gewaltfreiheit empfinden, andere wiederum als zu sehr Gewalt relativierend und bejahend. Zudem wird immer wieder in Debatten, Veranstaltungen oder Texten die hohe Emotionalität spürbar, die mit der sogenannten „Militanzdebatte“ und den Unstimmigkeiten um Konzepte der Gewaltfreiheit einhergeht. Das Thema scheint Aktivist_innen stark zu bewegen. **Die immer wiederkehrenden Debatten mögen zwar anstrengend und nervenaufreibend sein, die Differenzen können jedoch kaum ignoriert werden.** Spätestens in der Bündnisarbeit oder wenn in Demonstration oder Aktionen Konflikte innerhalb oder zwischen unterschiedlichen Aktivist_innen und Gruppen auftreten, muss sich erneut über die verschiedenen Herangehensweisen

Beispiel: Ein kurzer Dialog auf dem Fachgespräch, in dessen Kontext dieser Text ursprünglich entstand, zwischen Hanna Poddig auf dem Podium und einem Teilnehmer im Publikum zeigte, dass die Debatte immer wieder geführt werden muss. Der Teilnehmer aus der Friedensbewegung äußerte sich überrascht darüber, dass Aktivist_innen anderer Spektren Gewaltfreiheit als dogmatisch vertretenes Konzept wahrnehmen. Hanna Poddig auf dem Podium wiederum erstaunte die Tatsache, dass dies dem Teilnehmer neu war. – Es scheint also immer wieder fruchtbar sein zu können, sich zwischen verschiedenen Spektren über den Umgang mit Gewaltfreiheit zu verständigen.

auseinandergesetzt werden.

Doch linke soziale Bewegungen spalten sich selbstverständlich nicht nur an der „Gewaltfrage“. Differenzen bestehen beispielsweise auch in der Frage, wie radikal die Ziele der jeweiligen Spektren sind. Hier scheiden sich zum Beispiel reformistische und revolutionistische Ansätze: Soll in erster Linie oder sogar ausschließlich ein bestimmtes Gesetz abgeschafft werden und das gesamte Regierungs- oder Gesellschaftssystem als solches nicht in Frage gestellt werden? Oder zielt der Widerstand auf die Abschaffung des jetzigen Regierungs- oder Gesellschaftssystems ab und es wird ein anderes, freieres, zum Beispiel anarchistisches, Gesellschaftssystem angestrebt? Die Gewaltfrage ist also nur EINER von mehreren Streit- und Spaltungsgründen in linken sozialen Bewegungen, doch um die Gewaltfrage geht es in diesem Kommentar.

Um hier verschiedene Argumente aufzuzeigen und – teilweise sehr subjektiv – zu kommentieren, behandelt der Text verschiedene Aspekte: Er gibt zuerst einen Einblick in die Gewaltfreiheits- oder Militanzdebatte und argumentiert für eine differenziertere gegenseitige Kritik. Er reißt an, was unter Militanz verstanden werden kann, welche Definitionen von Gewalt und Gewaltfreiheit den Debatten zugrunde liegen und wie mitunter für einen differenzierten Einsatz von Gewalt argumentiert wird. Auch die Frage nach Dogmatismus und dem Umgang mit den Argumenten und Handlungsweisen der jeweils anderen Spektren wird aufgeworfen. Letztendlich geht es in diesem Text darum, wie verschiedene Aktionsformen koexistieren können, sich voneinander trennen lassen und wie es weitergehen kann – sowohl in der diskursiven Auseinandersetzung um die Gewaltfrage in linken sozialen Bewegungen, als auch konkret in Aktionen.

Meine Perspektive als Mitarbeiterin in einer Organisation der Friedensbewegung und sich als linksradikale Aktivistin und Aktionstrainerin verstehend, gibt mir vielleicht einen Einblick in verschiedene Argumente und Einstellungen unterschiedlicher Aktionspektren. Das mag diesen Text eventuell stellenweise in sich kontrovers, inkon-

schen gefährdende oder weniger zerstörerische Mittel substituiert werden kann, sprich die gleiche politische oder gesellschaftliche Wirkung erzielt. Oder wenn bessere, gleiche oder wenigstens ausreichende Ergebnisse ohne gewaltsame Aktionen erzielt werden könnten.

Gewalt wird hier als Methodik verstanden, angemessen in bestimmten Situationen, wenn sie auf die gewünschte inhaltliche Vermittlung abgestimmt sei. Sie müsse zudem über Zielgenauigkeit verfügen, wirksam im Bezug auf die geplante Zielerreichung sein und Strategien der Kooperation und Integration in Konzepte vielfältigen Nebeneinanders verschiedener Aktionsformen enthalten. Da Gewalt so zerstörerisch sei und es in der Natur der Sache liege, dass die Folgen oftmals nicht mehr rückgängig zu machen seien, müsse militantes Vorgehen besonders gut geplant und abgewogen werden. Dies sieht Jörg Bergstedt dabei nicht als Argument gegen Gewalt, sondern als Aspekt, der bei militanten Aktionsformen bedacht werden müsse. Militanz planen und kritisch hinterfragen, sei hier die Devise, was in der Praxis militanter Aktionen oftmals jedoch nicht erfüllt werde.

Doch genau wegen dieser Schwierigkeit lehnen Menschen, die Bergstedt „das gewaltfreie Lager“ nennt, jegliche Form von Gewalt in Aktionsformen ab, wie beispielsweise Laubenthal und Richter in ihrem Text „Gedanken zur Spektrrenübergreifenden Zusammenarbeit“ (2009). Gewalt sei eben nicht „berechenbar“ einsetzbar, so ihr Argument und zudem werde Gewalt seit Jahrtausenden damit gerechtfertigt, dass sie in bestimmten Situationen angeblich legitim sei. Das sei die Begründung für die Existenz von Gefängnissen, für unterdrückende Methoden der Kindererziehung und Kriege. „Gewalt ist eine soziale Verhaltensweise, die subjektiv aus der Sicht des Täters in aller Regel sinnvoll und gerechtfertigt erscheint“. Aus dieser Argumentationsweise heraus ist es konsequent zu sagen, dass nur gewaltfreie Aktionsformen zu einer gewaltfreien, hierarchiefreien Gesellschaft führen können.

Bei dieser Argumentation bleibt jedoch mitunter unklar, was genau die Art von Gewalt ist, die in der Aktionsform

nichts zu suchen hat.

Undifferenzierte Gewaltfreiheit?

Besonders gewaltfreien Aktivist_innen wird vorgeworfen, sie definierten nicht klar für sich, was Gewalt und was Gewaltfreiheit seien. Jedoch zeugt die gesamte Militanz- und Gewalt(freiheits)debatte auf allen Seiten nicht von differenzierter Argumentation. Der Vorwurf der unzureichenden Definition von Begriffen und Konzepten ließe sich verschiedenen gewaltfreien und gewaltfreiheitskritischen Aktivist_innen machen.

Die Gewaltfreie Aktion bewegt sich durchaus in einem Widerspruch, der an der Frage der Definition von Gewalt und Gewaltfreiheit deutlich wird: Auf der einen Seite legt die Gewaltfreie Aktion in der gesellschaftlichen Analyse einen weiten Gewaltbegriff zu Grunde. Dieser schließt beispielsweise strukturelle Gewalt mit ein (siehe Johann Galtung), zu der auch gesellschaftliche, indirekte Unterdrückungsmechanismen, Armut und andere Faktoren zählen. Auf der anderen Seite bezieht sich Gewaltfreiheit in Aktionen hingegen meist auf einen engen Gewaltbegriff. Dieser bezieht sich zum Beispiel auf interpersonale oder auch physische Gewalt, wie beispielsweise gegenüber Polizei oder Nazis handgreiflich zu werden. Diese Art der Gewalt lehnen, sich als gewaltfrei bezeichnende Aktivist_innen konsequent ab. Entweder aus einer Grundüberzeugung und Lebenshaltung heraus oder strategisch begründet, weil gewaltfreie Ansätze nachgewiesen langfristig wirksam sind. Dieser Widerspruch zwischen der Verwendung von engem und weitem Gewaltbegriff je nach Situation, mag in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Spektren verwirren und sollte mehr diskutiert werden. Ist nach einem weiten Gewaltbegriff eine Sitzblockade nicht auch Gewalt, da sie andere Menschen daran hindert sich frei zu bewegen und ggf. auch psychischen Druck ausübt?

Wer definiert, was genau gewaltfreies Handeln in einer Aktion ist? So hat z.B. der Staat ein Interesse daran, Sitzblockaden oder andere Aktionsformen als Gewalt zu bezeichnen, um eine Handlungslegitimation gegen Aktivist_innen zu haben.

Der Staat rechtfertigt gewaltvolles Eingreifen mitunter mit angeblich gewaltvollem Handeln seitens der Aktivist_innen. Dabei definiert der Staat sein eigenes – aus links-aktivistischer Sicht oft gewaltvolles – Handeln oft als „gewaltfrei“. Mindestens strukturell kann hier von Gewaltfreiheit nicht die Rede sein und spätestens wenn die Exekutive in Form der Polizei auftritt sowieso nicht mehr. Ist eine gewaltfreie Aktion dann noch gewaltfrei?

Mit solchen Fragen, ob eine Sitzblockade im Lichte eines weiten Gewaltbegriffes Gewalt sein kann, wessen Gewaltdefinitionen verwendet werden und wer im Zweifel die Definitionshoheit über Gewalt und Gewaltfreiheit hat, haben sich meines Wissens bisher wenige „gewaltfreie Menschen“ befasst.

Undifferenzierte Argumentationsweisen kommen in allen Aktionspektren vor, nicht nur im gewaltfreien. **Es kann jedoch in Protestbewegungen nicht vorausgesetzt werden, dass Aktivist_innen jegliche ihrer (möglichen) Handlungen theoretisch und analytisch erschöpfend durchdrungen haben müssen und ihren Ansatz umfassend argumentativ vertreten können, um sich in Aktionen gesellschaftlichen Verhältnissen widersetzen zu dürfen.** Sprich, auch wer vielleicht nicht klar hat, was sie_er unter Gewaltfreiheit versteht, kann Bedenken an Handlungsweisen äußern. Wenn also im Rahmen einer Aktion geäußert wird „ich fühle mich mit xy“ unwohl, ist es hilfreicher dies nicht als „ach, die Gewaltfreien wieder“ abzuschmettern, sondern zu verstehen, worum es konkret geht und eine Lösung zu entwickeln. So kann im Vorfeld genauer umrissen werden, welche Aktionsformen in einer Aktion für alle Beteiligten mittragbar sind und dies kann in einem Aktionskonsens fest gelegt werden. In der Aktion selbst wird sich möglichst an den Konsens gehalten – Zweifel daran können später in Ruhe ausgewertet werden.

Gewaltfreiheit nur symbolisch?

Über gewaltfreie Aktionsformen ist immer wieder zu hören und zu lesen, sie würden nur symbolische Einmalaktionen oder „Begleitfolklore“ wie Lichter-



führte im Anschluss zu einer Debatte um den Aktionskonsens von Ende Gelände

aktive Gewaltfreiheit der beste Weg zu politischer Veränderung ist, ist aus Erfahrung und Nachdenken gewachsen, nicht aus religiöser Überlieferung.“

Beim Hinterfragen und in Frage stellen, kommt es aber auf den Ton an – zumindest wenn eine Perspektive auf Zusammenarbeit bestehen soll. Und **letztendlich wollen wir doch gemeinsam eine hierarchiefrei, gewaltfreie Gesellschaft, oder?**

Der Ton macht die Musik...

Wollen sich Bewegungen oder Teile davon nicht spalten (lassen) und wollen Spektren einander gegenüber solidarisch sein oder sogar zusammenarbeiten, sind Schubladendenken, Pauschalargumente und verletzende Formulierungen auf beiden Seiten kontraproduktiv. Formulierungen wie „das Gelall der Gewaltfreien“ oder „Gewaltfreiheit ist eine fundamentale Wahrheit“ bilden keine Basis zu einer spektrenübergreifenden Zusammenarbeit, was von den Formulierenden vielleicht auch nicht gewollt ist. Ebenso bringen Schubladen durch Bezeichnungen wie „Gewaltfreies Lager“ oder „Steinewerfer“ nicht weiter.

Sollte eine Zusammenarbeit, oder zumindest der Versuch, sich nicht spalten zu lassen, gewollt sein, ist es wichtig, sich gegenseitig konstruktiv zu kritisieren, sich immer wieder mit der „leidigen Gewaltfrage“ auseinanderzusetzen und Andere nicht für Ihre Aktionsformen zu verurteilen. **Es sei denn, eine Zusammenarbeit wird gar nicht angestrebt.** Denn offensichtlich gibt es auf allen Seiten immer wieder einen

recht unreflektierten Umgang mit eigenen Überzeugungen, einem eigenen „Wahrheitsanspruch“ oder den eigenen Aktionsformen. Um sich als Bewegung nicht spalten zu lassen, dürften sich beide Seiten gegenseitig nicht für ihre Haltungen, Aktionen und Aktionsformen verurteilen, sondern lediglich die Handlungen der Anderen so sachlich wie möglich kritisieren. Sollten die Differenzen nicht überbrückbar sein, so dass eine gemeinsame Bündnisarbeit möglich erscheint, kann die Entscheidung zwar gegen eine explizite Zusammenarbeit fallen. Jedoch lässt es sich unter Umständen nicht vermeiden, dass verschiedene Spektren in einer Demo stehen oder sich auf einer Aktion befinden und sich über unterschiedliche Aktionsformen auseinandersetzen müssen – ob sie wollen oder nicht.

Sich erst zu fragen „was möchte ich tun, wie will ich es tun und wo sind meine persönlichen Grenzen?“ ist der Anfang jeder Aktion. In Bündnissen oder großen Aktionen den verschiedenen Aktivist_innen zuzuhören, zu versuchen, ihre Bedenken, Wünsche, Ängste und Argumente zu hören und zu verstehen, ist vielleicht ein Schritt in Richtung weniger gegenseitiger Verurteilung. Das ist schwierig zu erreichen, besonders wenn auf beiden Seiten Grundüberzeugungen dazwischen stehen. Laubenthal und Richter schließen ihren Text „Gedanken zur Spektren übergreifenden Zusammenarbeit“ nach einer differenzierten Argumentation mit dem Satz „*Wer Gewalt anwendet, bietet Rechtfertigung für Gewalt. Deshalb haben wir uns für Gewaltfreiheit entschieden*“. Aus der eige-

nen Überzeugung und Grundhaltung der Autor_innen heraus ist dieser Ansatz überzeugend und legitim. Mit seinem Anspruch auf den „besseren“ Weg jedoch, wäre ein solcher Abschlusssatz vermutlich nicht hilfreich um Gräben zu überbrücken.

Andersherum, wer Demonstrationen, Mahnwachen und Unterschriftenaktionen schlecht redet, diffamiert gewaltfreie Aktionen unter Umständen. Dies sind oftmals niedrigschwellige Aktionen, die auch für Menschen zugänglich und offen sind, die sich Anketten oder Sitzblockaden nicht zutrauen, die so etwas körperlich nicht können oder ihre körperliche Unversehrtheit nicht riskieren möchten. Wer dies schlecht macht, missachtet unter Umständen, dass niedrigschwellige Aktionen der Einstieg zu einer Politisierung sein können. Daher wäre hier meiner Meinung nach eine vorsichtigeren Ausdrucksweise gegenüber „langweiligen“ und „ungefährlichen“ Aktionsformen angebracht, denn sie haben Potenzial zu Inklusion und massenhafter Beteiligung, die militantes Vorgehen unter Umständen wegen der hohen persönlichen Kosten oder Anforderungen an körperliche Fitness nicht hat. Zudem sind sie nachgewiesen wirkungsvoll, wie Stephan und Chenoweth in ihrer Studie zum Erfolg gewaltfreier Aufstände belegen. Leider ist die Kritik an diesen Ansätzen häufig wenig fundiert und kommt über den Dogmatismus- und Spaltungsvorwurf kaum hinaus.

Menschen für ihre Gewalt moralisch verurteilen?

Auf der anderen Seite ist der Schritt

Quellen

Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2007): ABC der Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg. Online unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ABC/ABC_der_Alternativen_Militanz_Vieh-mann.pdf (abgerufen am 06.01.2014).

Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. Columbia University Press.

Ebert, Theodor (1983): Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg, Waldkirch, Waldkircher Verlagsgesellschaft.

Fritz, Thomas (2001): Militanz als Strategie. SoPos 255. 9/2001. Online unter: <http://www.so-pos.org/aufsaeetze/3b9919a8ac56b/1.phtml> (abgerufen am 06.01.2014).

Holloway, John (2008): Über Poesie und Revolution, In Kastner, Jens und Spörr, Bettina (2008): Nicht alles tun. Ziviler Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie, UNRAST-Verlag, Münster.

IWPS: www.iwps.info und <https://www.facebook.com/iwps.palestine> (abgerufen am 13.01.2014).

Landfriedensbruch: „Gewaltfrei oder militant, wichtig ist der Widerstand!?!“ Diskussionspapier. Online unter: <http://www.thur.de/philo/uvu/uvu44>.

html (abgerufen am 09.01.2014) oder <http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/UVU/gewalt.pdf> (abgerufen am 09.01.2014).

Laubenthal, Ulrike (2008): Ziviler und Sozialer Ungehorsam gleich Verweigerung plus Utopie?, In Kastner, Jens und Spörr, Bettina (2008): Nicht alles tun. Ziviler Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie, UNRAST-Verlag, Münster, 77-85.

Laubenthal, Ulrike und Richter, Hans-Peter (2009): Gedanken zur Spektrenübergreifenden Zusammenarbeit. In Graswurzelrevolution 339. Online unter: <http://www.graswurzel.net/339/na-to3.shtml> (abgerufen am 09.01.2014).

Marischka, Christoph und Wagner, Jürgen (2012): Bürgerkriegspatenschaft? Adopt a Revolution muss zur Gewaltfrage Farbe bekennen. IMI-Standpunkt 2012/021. In AUSDRUCK (Juni 2012). Online unter: <http://www.imi-online.de/2012/04/05/burgerkriegspa-tenschaft/> (abgerufen am 03.02.2014).

Projektwerkstatt Saasen: Gewalt: Notwendig oder Fetisch? Erschienen in Bergstedt, Jörg (2012): Freie Menschen in freien Vereinbarungen. „Gegenbilder zu Markt und Staat“. Aus der Reihe „Fragend voran“ im SeitenHieb-Verlag. Online unter: http://www.projektwerkstatt.de/debatte/gewalt_pro.html (abgerufen am 09.01.2014).

Sharp, Gene (1973): The Methods of Nonviolent Action In: Sharp, Gene (ed.) The Politics of Nonviolent Action. Manchester: Extending Horizons Books, Porter Sargent Publishers Inc. Online unter: <http://www.aforcemorepowerful.org/resources/nonviolent/methods.php> (abgerufen am 14.01.2014).

sh_e (2003): Performing the gap. Arranca! 28. Verfügbar: <http://arranca.org/ausgabe/28/per-forming-the-gap> (abgerufen am 14.01.2014).

Tarrow, Sidney (1994): Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics, Cambridge, Cambridge University Press.

Belaro ist als Aktivistin, (Aktions-)Trainerin und Moderatorin in sozialen Bewegungen aktiv. Sie ist zudem Politikwissenschaftlerin und war drei Jahre lang Geschäftsführerin einer Organisation der Friedensbewegung.

sistent oder „zwanghaft friedseelig“ erscheinen lassen. Diese Widersprüche im Text spiegeln wahrscheinlich meine eigenen Zerrissenheiten, Verwirrungen und Unsicherheiten im Bezug auf die Gewaltfreiheitsdebatte wider.

Gewaltfreiheits- oder Militanzdebatte

„Ob Gewalt akzeptiert und was alles unter Gewalt gerechnet wird, ist seit Jahrzehnten Spielball der Hegemonialkämpfe in politischen Bewegungen“. Dabei geht es unter anderem darum, wessen Norm gilt und wie sie ausgelegt wird. Am Gewaltfreiheitsbegriff und -konzept scheiden sich in vielen sozialen Bewegungen daher die Geister: Während für bestimmte Einzelpersonen, Gruppierungen und Netzwerke Gewaltfreiheit die zentrale Handlungsmaxime ihrer Aktionen ist, fühlen sich andere durch das Konzept in ihren Handlungsformen und Bündnissen eingeschränkt. Sie lehnen unter anderem deshalb den Gewaltfreiheitsbegriff, beziehungsweise die Festlegung auf ein gewaltfreies Handlungsspektrum ab. Dies wurde nicht nur auf einem Fachgespräch in der Friedensbewegung 2013 deutlich, sondern ist in diversen Texten dokumentiert (siehe u.a. Quellen unter diesem Text).

Kritik? Ja, gern! Aber differenziert, bitte!

So alt die Debatte auch ist, in vielen Diskussionen und Texten wird ohne differenzierte Bezugnahme aufeinander argumentiert. So schreibt Renate Wanie zum Beispiel in einem ihrer Texte „(...) Steine werfen spaltet die Friedens- und Antikriegsbewegung. Wer Gewalt zulässt, zerstört die Glaubwürdigkeit der Bewegung (...).“ Sie scheint in ihrem Text die Ablehnung des Begriffes „Gewaltfreiheit“ im Aktionskonsens mit Steine-werfen gleichzusetzen.

Auf dem Podium beim Fachgespräch argumentierte Hanna Poddig, sie könne Gewaltfreiheitsaktivist_innen nicht ernst nehmen, wenn sie zum Beispiel in Sitzblockaden nicht wollten, dass Feuer angezündet werde, um sich zu wärmen, weil sie dies per se als Gewalt sehen würden. Das habe sie selbst so erlebt.

Beide oben genannte Argumente von Renate Wanie und Hanna Poddig zeugen für mich nicht von dem Versuch, sich gegenseitig verstehen zu wollen. Pauschal allen Aktivist_innen, die sich

nicht als explizit gewaltfrei bezeichnen, zu unterstellen, in Aktionen (unüberlegt) Steine zu werfen, ist undifferenziert. Und von einer Einzelmeinung in einer Sitzblockade – Feuer sei per se Gewalt – darauf zu schließen, dass die gesamte gewaltfreie Bewegung dies so sehe, scheint mir sehr verkürzt gedacht.

Statt sich also an Formulierungen wie „sind wir gewaltfrei oder nicht?“ aufzureiben, die sich u.U. an Pauschalisierungen fest machen, sollten konkrete Bedenken, Ängste, Befürchtungen und Motivationen ausgetauscht werden. Konkret zu formulieren „was wir tun werden“ und „wie wir es tun werden“ anstelle sich auf Begriffe wie „Gewaltfreiheit“ zurück zu ziehen, unter denen unterschiedliche Menschen unterschiedliches verstehen, kann der Verständigung beitragen und in moderierten Sprecher_innenräten oder Delegiertenplena geschehen.

Doch welches Verständnis kann hinter „Gewaltfreiheit“ und „Militanz“ eigentlich stecken, wenn diese Begriffe kursieren?

Was ist eigentlich „Militanz“?

Militanz wird von Medien oft synonym mit „gewaltbereit“ oder „Steine werfender schwarzer Block“ verwendet. Ursprünglich stammt der Begriff von militäre (lat.: als Soldat dienen) ab. Im romanischen und angelsächsischen Sprachraum steht „militant“ für politisch aktiv, das Verhältnis zur Gewalt ist kein Kriterium für die Bezeichnung. Im „ABC der Alternativen“ definiert Ulrich Brand Militanz als eine bestimmte Art von Politik, die strategisch die Mittel oder Aktionsformen bestimmt, sie dabei ständig korrigiert und auf Zielvorstellungen anpasst. Dabei legt sie sich weder auf Gewalt noch Gewaltlosigkeit fest, sondern auf politische Effizienz und Zielgerichtetheit.

In der politischen Praxis kann mitunter eine Art „Militanz-Fetisch“ unterstellt werden: ein unreflektierter Umgang mit Gewalt, bestimmten Dresscodes und plakativen Außendarstellungen. Das Gewaltmonopol des Staates und die Aktionsformen militanter Aktivist_innen scheinen mitunter plötzlich ähnliche Elemente zu haben, wenn mitunter

sowohl die Polizei als auch Aktivist_innen mit Verletztenlisten „prahlen“ und versuchen, durch martialisches Auftreten Eindruck zu machen und Macht zu demonstrieren. Wenn statt „Rumgemackere“ und Stärkekult, inhaltliche Vermittlung politischer Aktionsformen im Vordergrund steht, ist politische Aktion mehr als Vandalismus.

Ein differenzierter Einsatz von Gewalt?

So argumentieren sich als militant verstehende Aktivist_innen oft für einen differenzierten Einsatz von Gewalt. Gewalt solle bewusst und überlegt angewendet werden, wenn sie als notwendig angesehen werde und nicht aus eigener Hilflosigkeit oder als Selbstzweck.

Zudem ist die Frage, ob sich weder Militanz noch Gewaltfreiheit pauschal und unabhängig von der Situation als schlecht oder als gut betrachten lassen. Gewalt wird meistens als per se schlimm wahrgenommen, wenn sie von der anderen – von der „falschen“ – Seite angewendet wird. Aber gibt es den „richtigen“ oder „guten“ Einsatz von Gewalt? Und wer kann entscheiden wann sie angebracht ist? Ist Gewalt von Linken weniger schlimm als die von Faschist_innen? Wäre es denn falsch gewesen, wäre Hitler recht früh bei einem Attentat ums Leben gekommen?

Der Aktivist Jörg Bergstedt z.B. differenziert hier die Form und Stoßrichtung der Gewalt:

- Befreiende Gewalt vs. unterdrückender Charakter von Gewalt.
- Entschlossenes Entgegenstellen gegen Rassismus vs. verprügeln Nichtdeutscher.

Militante Aktionen erheben in Bergstedts Betrachtung den Anspruch keinen Selbstzweck zu verfolgen oder von Ohnmacht angetrieben zu sein, sondern sind strategisches Mittel zur Beendigung bestimmter unerwünschter Verhältnisse. Sie sollen dazu dienen, nachdrücklich politische Forderungen zu vermitteln (manchmal symbolisch) oder direkt umzusetzen, wie z.B. beim Zerstören von Genversuchsfeldern, Sabotageaktionen an Schienen, Straßen und Bahneinrichtungen, oder bei Gemüse- oder Tortenwürfen auf Menschen. Ersetzbar ist Gewalt hierbei, wenn sie durch andere, weniger Men-



Erstürmung des Kraftwerks „Schwarze Pumpe“ bei Ende Gelände 2016 in der Lausitz: Der „spontane“ Entschluss zu dieser Aktion

ketten oder Mahnwachen beinhalten. Dies mag auch immer wieder zutreffen. Sitzblockaden bei Eiseskälte über mehrere Tage mit brutalen Räumungen von Seiten der Polizei oder spektakuläre Anketaktionen, die beide hohe Kosten für den Staat verursachen, werden bei diesen Abwertungen jedoch oft unterschlagen. Die vielfältigen Formen gewaltfreier Aktion, aufgelistet von Gene Sharp, beinhalten nicht ausschließlich „Latschdemos“. Teilweise werden Aktionsformen (wie beispielsweise das Anketten) sowohl als Teil Gewaltfreier Aktion, als auch von „gewaltfreiheitskritischen“ Aktivist_innen verwendet.

Aktive Gewaltfreiheit ist ein Aktionskonzept, das – anders als oft unterstellt – nicht in erster Linie Ohnmacht, sondern bewusster Entscheidung entspringt. Gewaltfreiheit kann strategischer Natur oder eine Lebensgrundhaltung sein. Dabei braucht es Überzeugung von der Aktion selbst und viel Durchhaltevermögen, um trotz Wasserwerferbeschusses in einer Sitzblockade zu bleiben. Und vor allem auch einen langen, oft jahrelangen Atem in gewaltfreien Kampagnen, wo eben nicht bei ausbleibendem Erfolg zu gewaltförmigen Mitteln gegriffen, sondern kontinuierlich weitergemacht wird, gemäß der Devise „der stete Tropfen höhlt den Stein“. Ohnmacht ist in jedem Fall kontraproduktiv zur Erreichung politischer Ziele – sowohl durch Militanz als auch durch Gewaltfreiheit. **Einen Kausalzusammenhang zwischen Ohnmacht und Gewaltfreiheit finden zu wollen, ist ebenso wenig fruchtbar wie die Suche nach dem Kausalzusammen-**

hang zwischen Militanz und Steine werfen.

Dem Argument, „es gibt keine gewaltfreien Aktionen, da wir in einer gewaltvollen Gesellschaft leben und Gewalt ausgeübt wird, sobald die Polizei anrückt“ kann widersprochen werden: Es geht hier um die gewaltfreie Aktion der Aktivist_innen, nicht um die Gesamtsituation oder die Gesellschaftslage. Menschen können gewaltfreies Handeln anstreben und von sich aus Handlungen anwenden, die sie als möglichst gewaltfrei ansehen – auch wenn Andere um sie herum Gewalt anwenden. Das gewaltfreiheitskritische Argument, dass Aktivist_innen nur gewaltfrei handeln und auch Andere darum bitten können, wenn sie jegliche Form von Gewalt aus ihrem eigenen Leben und Umfeld verbannen (Produktionsverhältnisse, Sexismus, Rassismus, ...), halte ich für nicht haltbar. Es ist möglich, in einer gewaltvollen Gesellschaft gewaltfrei handeln zu wollen und dies zu versuchen. Ebenso ist es möglich, in einem kapitalistischen System möglichst antikapitalistisch zu leben oder in einer patriarchalen Gesellschaft Sexismus zu kritisieren und im eigenen Umfeld oder darüber hinaus patriarchale Strukturen und Handlungen herauszufordern. Kaum jemand wird konsequent in der sofortigen, unmittelbaren und erfolgreichen Umsetzung der eigenen Utopien sein – das entspricht weder individuellen Möglichkeiten noch gesellschaftlichen Realitäten. Das rechtfertigt jedoch nicht, gar nicht erst anzufangen, nach der eigenen Überzeugung zu leben. Denn das würde bedeuten, von vornherein gegenüber den realpolitischen

Gegebenheiten zu kapitulieren. Wahrscheinlich IST niemand gewaltfrei, einige Menschen versuchen aber, gewaltfrei zu handeln – so gut es in dieser Gesellschaft eben geht.

Was ist dogmatisch?

Gewaltfreiheit kann dabei eine Art Querschnittsthema sein, gesellschaftspolitisches Ziel an sich oder eine Grundüberzeugung und Lebensweise. So kann mit gewaltfreien Mitteln und Aktionen ein politisches Ziel verfolgt werden. Gewaltfreiheit kann aber auch das Ziel selbst sein – in Form einer möglichst gewaltfreien Gesellschaft zum Beispiel. Wenn dies das Ziel ist oder eine möglichst gewaltfreie Lebensweise die Grundüberzeugung, geht das über die Verwendung von Gewaltfreiheit als strategischem oder taktischem Mittel hinaus (siehe andere Texte in dieser Publikation). Schwierig zu verhandeln wird es, wenn Gewaltfreiheit für einige Aktivist_innen das Ziel oder der Inhalt ihres politischen Handelns ist, für andere jedoch „nur“ eine Aktionsform unter mehreren.

Überzeugungen können auch zu Dogmen werden und damit zum Beispiel die Zusammenarbeit oder Solidarität mit anderen Aktionsspektren verhindern. Dogmatismus wird insbesondere „den Gewaltfreien“ immer wieder vorgeworfen „Hauptsache gewaltfrei, egal wofür, egal mit welchem Ergebnis“ lautet ein Vorwurf gewaltfreien Aktionskonzepten gegenüber. Laubenthal und Richter antworten darauf, dass ein Dogma „(...) ein Glaubenssatz [ist], der nicht mehr hinterfragt werden darf. Wir lassen uns gerne hinterfragen. Unsere Überzeugung, dass

zwischen Kritik an nicht-gewaltfreien Aktionsformen und deren Verurteilung nicht weit. Dies kommt insbesondere in der internationalen Zusammenarbeit zum tragen, wie die Debatte um „Adopt a Revolution“ gezeigt hat und zeigt. Hier wurde und wird diskutiert, ob es aus gewaltfreier Sicht legitim sei, Aktivist_innen im Ausland mit Geld zu unterstützen, die sich ihrerseits nicht von bewaffnetem Kampf anderer Gruppen distanzieren.

Wir könnten vorsichtiger damit sein, Menschen in extrem gewaltvollen Situationen zu verurteilen, wenn sie sich selbst verteidigen, weil sie um ihr Leben fürchten. Denn weiße Westeuropäer_innen aus bildungsbürgerlichen Verhältnissen können unter Umständen nicht nachvollziehen, was Menschen in Kriegs- oder Gewaltsituationen empfinden. Können wir sie be- und verurteilen, wenn Menschen sich mit Gewalt wehren, wenn es um ihr Leben geht? Sie können diese Menschen in ihren eigenen Kämpfen unterstützen und ihnen Handlungsoptionen bieten. Dabei kann – und das wäre aus gewaltfreier Sicht wünschenswert – gewaltfreies Handeln herauskommen, ist aber die Entscheidung der betroffenen und involvierten Menschen selbst.

Aktionsformen ko-existieren lassen, voneinander trennen oder verurteilen?

Wie können aber verschiedene Aktionsformen zusammengehen oder nebeneinander existieren? Laubenthal und Hans-Peter Richter schreiben dazu: „Aktive Gewaltfreiheit kann nicht funktionieren, wenn sie mit gewaltsamen Formen des Widerstandes zusammen angewandt wird oder wenn diese auch nur angedroht werden“ und plädieren für eine klare räumliche und zeitliche Trennung von Aktionsformen:

„Vielleicht sollten wir die spektrenübergreifende Kooperation auf gut vorbereitete Aktionen zivilen Ungehorsams begrenzen - und bei Demonstrationen sagen: Dies hier ist die gewaltfreie Demo, Gewalt wird hier nicht toleriert, alle denen das zu eng ist, bleiben weg. Und das dort (anderer Zeitpunkt, anderer Ort) ist die Demo, wo alle Aktionsformen okay sind - diejenigen, die sich damit nicht wohlfühlen, bleiben weg.“

Dafür plädiert auch die, sich als mili-

tant verstehende, Gruppe „Landfriedensbruch“ in einem Text. Gewaltfreie Aktionsformen müssten nicht nur geduldet, sondern ihnen müsse aktiv Raum gegeben werden, damit sie auch zur Geltung kämen und sichtbar würden. Sie dürften nicht durch militante Aktionen zur gleichen Zeit am gleichen Ort unkenntlich werden. Daher wird oft schon vor Aktionen ein Aktionskonsens erarbeitet und veröffentlicht, damit die Aktivist_innen zur Aktion kommen, die sich daran halten wollen.

Dass die Polizei bei der militanten Demonstration voraussichtlich härtere Mittel anwendet, ist dann eine Folge, die sich wahrscheinlich nicht vermeiden lässt. Gewaltfreie Aktivist_innen möchten dabei nicht Schutzschild für militante Aktionen sein oder in der Aktion Grundsatzdiskussionen führen, ob ihre Haltung und Aktionsform eine Daseinsberechtigung hat. Wer militante Aktionsformen anwendet, muss auch selbst die Konsequenzen tragen und darf nicht Andere in Aktionsformen drängen, die diese nicht für legitim halten, nicht für zielführend oder sich vom Eskalationsgrad her nicht zutrauen. So viel Gestaltungsspielraum muss sein, ohne dass gewaltfreie Aktivist_innen per se als spalterisch verurteilt und delegitimiert werden. Andersherum sollten sich gewaltfreie Aktivist_innen nicht mit dem Bezug auf eine Art „höhere Wahrheit“ anmaßen, definieren zu können, was in der Aktion gewaltfrei ist und was nicht, und welche Aktionen stattfinden dürfen und welche nicht. Ein Aktionskonsens muss im Sprecher_innenrat oder Delegiertenplenum vor Aktionen erarbeitet werden. Thomas Fritz schreibt in seinem Artikel „Militanz als Strategie“ dazu:

„Das symbiotische Verhältnis zwischen friedlichem und militantem Protest als solches wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, heißt noch lange nicht, Gewalt gut zu heißen oder gar die eigene Festlegung auf gewaltlosen Protest aufgeben zu müssen. Es heißt aber sehr wohl, sich nicht die Spaltung des Protests durch den Staat, dessen ideologische Begleitmusiker oder Medien aufzwingen zu lassen.“

Wie weiter?

Eine solche Haltung könnte eine Basis zur weiteren Diskussion um Solidarität, Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen darstellen. Denn wenn es darum gehen soll, gemeinsam andere gesellschaftliche Verhältnisse herzustellen, dann muss es innerhalb linker sozialer Bewegungen nicht darum gehen, wer die Guten und wer die Bösen sind, sondern wie beispielsweise gemeinsam der Kapitalismus oder die NATO abgeschafft oder eine herrschaftsfreie Gesellschaft aufgebaut werden kann.

Zur Verständigung darüber können „Übersetzer_innen“ zwischen verschiedenen Spektren hilfreich sein. Auch Moderation in der Vorbereitung von Aktionen und in Aktionen selbst, sowie Trainings zur Aktionsvorbereitung können Instrumente sein, verschiedene Standpunkte und Verhaltensweisen herauszuarbeiten und auszuprobieren. So können vielleicht mehr Aktionen entwickelt und durchgeführt werden, in denen gemeinsame Ziele mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt werden können, ohne sich am Begriff „Gewaltfreiheit“ zu spalten. Dadurch könnten sich möglichst viele Menschen in sozialen Bewegungen engagieren, sich verschiedene Protestformen (zu)trauen und sich mit ihren Vorstellungen und Möglichkeiten für eine herrschaftsfreie (und vielleicht irgendwann einmal auch gewaltfreie) Gesellschaft einsetzen. Wenn verschiedene Spektren umsichtig miteinander umgehen und einzelne Menschen nach ihren persönlichen Überzeugungen und Grenzen handeln, können solidarische soziale Bewegungen entstehen. Diese können sowohl Spaltungsversuchen als auch der staatlichen Übermacht widerstehen. Dazu müssen Spektren sozialer Bewegungen nicht auf Biegen und Brechen zusammen arbeiten. Unterschiedliche Wege zu ermöglichen, ohne missionarisch zu versuchen Andere vom eigenen Ansatz zu überzeugen, oder destruktiv den Weg der Anderen anzugreifen, müsste doch irgendwie möglich sein.

Ich danke Hanna, Björn, Martin und Marc für ihre kritischen Anmerkungen an meinem Text!

von: Belaro